



Beschlüsse

**Landesdelegiertenkonferenz der SPD 60 plus
am 11.07.2015 in Heidelberg**

Antrag Nr. 1:

Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Mitglieder der Bundesregierung
SPD-Landtagsfraktion, SPD-Mitglieder der Landesregierung

Betr.: Gerechte einheitliche Erbschaftsteuer auf alle Vermögensarten

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, sobald wie möglich eine synthetische (einheitlich auf alle Vermögensarten) Erbschaftssteuerreform auf den Weg zu bringen:

Oberhalb eines Freibetrags von einer Million Euro pro Erwerber werden alle Erben mit niedrigen Steuersätzen bei breiter Bemessungsgrundlage an den Aufgaben der Gemeinschaft beteiligt.

Die Steuersätze für einen Erwerb oberhalb des Freibetrags staffeln sich wie folgt:

- bis zu 100.000 Euro 5 Prozent
- bis zu einer Million Euro 10 Prozent
- oberhalb einer Million 15 Prozent Steuern

Bei Bedarf, insbesondere wenn Arbeitsplätze gefährdet oder die Betriebsfortführung durch die Steuerzahlung gestört würde, soll es Stundungsmöglichkeiten geben, mit denen die Zahlung der Steuer gestreckt werden kann.

Antrag Nr. 2:

Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Mitglieder der Bundesregierung,
SPD-Landtagsfraktion, SPD-Mitglieder der Landesregierung

Betr.: Revolvierende Wohnbaufonds

Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Ländern Kapitalstöcke aus KfW-Mitteln zur Verfügung stellen, damit für gemeinwohlorientierte Bauträger mit regionalen revolvierenden Wohnbaufonds nach dem Salzburger Beispiel eine auf Dauer angelegte Sicherstellung preisgünstiger Mietwohnungen ermöglicht wird.

Die Länder werden aufgefordert, sich ebenfalls an den revolvierenden Wohnbaufonds zu beteiligen.

Der Deutsche Mieterbund wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe für die Erstellung eines entsprechenden Modells einzurichten.

Antrag Nr. 4:

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Mitglieder der Landesregierung

Betr.: Patienten- und Pflegebeauftragte/r

Wir fordern die Schaffung des Amtes eines oder einer Patienten- und Pflegebeauftragten für Baden-Württemberg. Diese/r ist als Mitglied des Landtags Ansprechpartner für alle Bereiche und Belange, die die Patienten, Pflegebedürftigen und Krankenversicherten betreffen, insbesondere auch bei vermuteten Behandlungsfehlern.

Bei Gesetzesinitiativen geplanten Verordnungen oder eingebrachten Petitionen, die Versicherte und Patienten betreffen, ist die oder der Patienten- und Pflegebeauftragte anzuhören.

Das Amt der/des Patienten- und Pflegebeauftragten ist personell und mit Sachmitteln so auszustatten, dass die anfallenden Arbeiten fristgerecht erledigt werden können.

Die/der Patienten- und Pflegebeauftragte legt dem Landtag jährlich einen schriftlichen Rechenschaftsbericht vor, der vom Landtag zu beraten ist.

Antrag Nr. 5:

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Mitglieder der Landesregierung

Betr.: Pflegestützpunkte

Die Stadt- und Landkreise werden aufgefordert, gemeinsam mit den Pflegekassen das Konzept der Landesregierung für die Pflegestützpunkte in Baden-Württemberg umzusetzen und weiter auszubauen.

- Die Zahl der Pflegestützpunkte ist bedarfsgerecht zu erhöhen
- Pflegestützpunkte sind personell adäquat auszustatten. Sie müssten gut erreichbar sein und angemessene Öffnungszeiten haben.
- Pflegestützpunkte sollen auf kommunaler Ebene in die Wohnraumberatung einbezogen werden.
- Die Pflegestützpunkte sind auf der jetzigen rechtlichen Grundlage durch die Pflegekassen und die Stadt- und Landkreise zu finanzieren.
- Wir begrüßen die Absicht der Landesregierung, den Kommunen und Landkreisen ein Initiativrecht zur Schaffung neuer Pflegestützpunkte ab 2016 einzuräumen.
- Wir bitten die Landesregierung zu prüfen, die Schaffung von neuen Pflegestützpunkten durch eine Anschubfinanzierung mit Landesmitteln zu beschleunigen.

Antrag Nr. 6:

Empfänger: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Mitglieder der Landesregierung

Betr.: Erstellung eines Entwicklungsprogramms für den Schienenverkehr in Baden-Württemberg

Die Landesregierung von Baden-Württemberg wird aufgefordert, gemeinsam mit der Deutschen Bahn AG sowie regionalen Betreibern ein Entwicklungsprogramm für den Schienenverkehr im Lande zu erarbeiten.

Neben dem weiteren Ausbau des Schienennetzes sollte vor allem auch der Güterbeförderung stärker Rechnung getragen werden.

Den Belangen des Berufsverkehrs in die industriellen Ballungsräume ist ein besonderes Augenmerk in Form von Haltepunkten und bahnhofsnahe Parkplätze zu widmen.

Bei der Entwicklung von Zügen und Bussen ist ebenfalls einer alters- und behindertengerechten Gestaltung Rechnung zu tragen. Dies gilt insbesondere für den Einstiegsbereich sowohl bei Zügen als auch bei Bussen.

Ein weiterer Punkt ist die Modernisierung sowie alters- und behindertengerechte Gestaltung der Bahnhöfe. Zu einem barrierefreien Ausbau gehört u.a. auch die Einrichtung von Aufzügen und Toiletten.

Antrag Nr. 8:

Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Mitglieder der Bundesregierung
SPD-Landtagsfraktion, SPD-Mitglieder der Landesregierung

Betr.: Ursachenforschung von Demenz- und Alzheimererkrankungen

Die Bundes- und Landesregierung wird aufgefordert, die Ursachenforschung von Demenz- und Alzheimererkrankungen zu verstärken.

Antrag Nr. 9:

Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Mitglieder der Bundesregierung

Betr.: Friedenspolitik – Reduzierung der Rüstungsproduktion und des Rüstungsexports

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass sowohl die Rüstungsproduktion als auch der Export drastisch reduziert und der Friedens- und Konfliktforschung, aber auch einer Reform der Entwicklungspolitik eine größere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Antrag Nr. 10:

Empfänger: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Mitglieder der Bundesregierung

Betr.: Weitere Herstellung von Nuklearprodukten ist mit dem Atomausstieg nicht zu verantworten

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, die Vorgaben für den Atomausstieg dahingehend zu modifizieren, dass auch die Herstellung und Zulieferung von Nuklearprodukten für Atomkraftwerke verboten wird.

Antrag Nr. 11:

Empfänger: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Pflegevollversicherung

Der SPD-Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, die notwendigen Initiativen zu ergreifen, dass die Pflegevollversicherung gesetzlich eingeführt wird!

Antrag Nr. 14:

Empfänger: SPD-Parteivorstand, SPD Bundestagsfraktion, SPD-Landesvorstand, SPD-Landtagsfraktion, SPE-Fraktion

Betr.: Freihandelsabkommen CETA und TTIP

Die SPD Führungsgremien in Bund und Land, die Abgeordneten im Europaparlament, im Bundestag und in den Landtagen werden aufgefordert, eine Zustimmung zu den in Verhandlungen befindlichen Freihandelsabkommen mit Kanada und USA (CETA, TTIP) von der Erfüllung sozialdemokratischer Grundwerte und höchster Demokratie- u. Rechtsstaatsstandards abhängig zu machen.

Zur Demokratisierung des Entscheidungsprozesses

- wird die SPD-Basis intensiv in den Meinungsbildungsprozess einbezogen.
 - Erfolgt die abschließende Haltung der SPD zu CETA und TTIP durch einen Mitgliederentscheid entsprechend § 13 des Organisationsstatuts.
-

Antrag Nr. 15:

Empfänger: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion

Betr.: Rente für ein lebenswertes Leben im Alter

Die Landeskonferenz der AG 60plus fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die nachstehend aufgeführten Forderungen einzusetzen:

1. Die Rente muss der Sicherung des Lebensstandards im Alter dienen und es ermöglichen, den im Berufsleben erarbeiteten Lebensstandard aufrecht zu erhalten.
2. Gute Arbeit stärkt die Rentenkassen. Prekäre Beschäftigung muss zurückgedrängt werden.
3. Die sozialen Sicherungssysteme sind armutsfest und zukunftssicher zu machen.
4. Altersarmut darf nicht weiblich sein.
5. Stärkung des paritätischen Rentensystems.